
2006**Ausgegeben zu Bonn am 21. Dezember 2006****Nr. 32**

| Tag | Inhalt | Seite |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 17.12.2006 | Gesetz zu dem Rahmenabkommen vom 22. Juli 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich und zu der Verwaltungsvereinbarung vom 9. März 2006 zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Gesundheit und Solidarität der Französischen Republik über die Durchführungsmodalitäten des Rahmenabkommens vom 22. Juli 2005 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich GESTA: XM001 | 1330 |
| 12.12.2006 | Anordnung zur Bestimmung der zuständigen Stelle nach Artikel 3 des Ersten Protokolls betreffend die Auslegung des am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften | 1340 |
| 26.10.2006 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, und der Änderung von 1999 hierzu | 1341 |
| 30.10.2006 | Bekanntmachung zu dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung | 1342 |
| 30.10.2006 | Bekanntmachung zu dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe | 1343 |
| 27.11.2006 | Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „CACI, Inc. – Federal“ (Nr. DOCPER-AS-18-03) | 1344 |
| 28.11.2006 | Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Außenministerium der Republik Ungarn über die Unterbringung der Botschaft und des diplomatischen Personals der Republik Ungarn in Afghanistan in den Räumen der Deutschen Botschaft in Kabul | 1346 |
| 28.11.2006 | Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-guatemalteckischen Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen | 1348 |
| 28.11.2006 | Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-bahrainischen Abkommens zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 18. Juni 1991 über den Luftverkehr | 1348 |
| 29.11.2006 | Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-katarischen Protokolls zum Abkommen vom 9. November 1996 über den Luftverkehr | 1349 |
| 4.12.2006 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativ-Protokolls über den Erwerb der Staatsangehörigkeit zu dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen | 1349 |
| 4.12.2006 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Hohe See sowie des Fakultativen Unterzeichnungsprotokolls über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten | 1350 |
| 4.12.2006 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland | 1350 |
| 8.12.2006 | Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens vom 6. November 1997 über die Staatsangehörigkeit | 1351 |

Gesetz
zu dem Rahmenabkommen vom 22. Juli 2005
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich
und
zu der Verwaltungsvereinbarung vom 9. März 2006
zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für Gesundheit und Solidarität
der Französischen Republik
über die Durchführungsmodalitäten des Rahmenabkommens vom 22. Juli 2005
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Vom 17. Dezember 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem in Weil am Rhein am 22. Juli 2005 unterzeichneten Rahmenabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich,
2. der in Berlin am 9. März 2006 unterzeichneten Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Gesundheit und Solidarität der Französischen Republik über die Durchführungsmodalitäten des Rahmenabkommens vom 22. Juli 2005 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich.

Das Rahmenabkommen und die Verwaltungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Rahmenabkommens sowie Änderungen der genannten Verwaltungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, die zur Durchführung des Artikels 5 des Rahmenabkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Rahmenabkommen nach seinem Artikel 10 und die Verwaltungsvereinbarung nach ihrem Artikel 6 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

—

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 17. Dezember 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin für Gesundheit
Ulla Schmidt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Rahmenabkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich**

**Accord cadre
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
sur la coopération sanitaire transfrontalière**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Französischen Republik,

nachstehend als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

im Bewusstsein der traditionellen Mobilität der Menschen zwischen Deutschland und Frankreich sowie der verschiedenen Projekte, die zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ins Leben gerufen wurden,

im Bewusstsein der Forderung nach ständiger Verbesserung der Qualität der Behandlung und der Organisation der Gesundheitsversorgungssysteme,

von dem Wunsche geleitet, die Grundlagen für eine vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verbessern und deren Kontinuität für die Bewohner des Grenzgebiets zu gewährleisten,

von dem Wunsche geleitet, den Zugang zu den mobilen Rettungsdiensten für die Bewohner des Grenzgebiets zu erleichtern,

von dem Wunsche geleitet, die verwaltungs- und finanztechnischen Verfahren unter Berücksichtigung des Gemeinschaftsrechts und der Rechtsprechung der Gemeinschaft zu vereinfachen,

entschlossen, diese Zusammenarbeit durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen im Gesundheitsbereich einschließlich der Notfallmedizinischen Versorgung unter Achtung des innerstaatlichen Rechts und der internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien zu erleichtern und zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck

Zweck dieses Rahmenabkommens ist die Festlegung des rechtlichen Rahmens für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich einschließlich des Rettungsdienstes zwischen Deutschland und Frankreich mit dem Ziel:

- einen besseren Zugang zu einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung für die Bewohner des Grenzgebiets sicherzustellen,
- diesen Bewohnern die durchgehende Gesundheitsversorgung zu garantieren,

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
d'une part

et

le Gouvernement de la République française
d'autre part,

ci-après dénommés les Parties –

Conscients de la tradition de mobilité des populations entre l'Allemagne et la France, ainsi que de la mise en place des différents projets de coopération transfrontalière,

Conscients des enjeux d'amélioration permanente de la qualité des soins et de l'organisation des systèmes de soins,

Désireux de jeter les bases d'une coopération sanitaire transfrontalière approfondie entre l'Allemagne et la France afin d'améliorer l'accès aux soins et de garantir leur continuité pour les populations de la zone frontalière,

Désireux de faciliter le recours aux services mobiles d'urgence pour les populations de la zone frontalière,

Désireux de simplifier les procédures administratives et financières, en tenant compte des dispositions du droit et de la jurisprudence communautaire,

Décidés à faciliter et à promouvoir cette coopération par la conclusion de conventions de coopération sanitaire transfrontalière y compris en matière de secours d'urgence, dans le respect du droit interne et des engagements internationaux des Parties –

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

Objet

Le présent accord cadre a pour objet de préciser le cadre juridique dans lequel s'inscrit la coopération sanitaire transfrontalière y compris en matière de secours d'urgence entre l'Allemagne et la France dans la perspective:

- d'assurer un meilleur accès à des soins de qualité pour les populations de la zone frontalière,
- de garantir une continuité des soins à ces mêmes populations,

- eine schnellstmögliche notfallmedizinische Versorgung zu gewährleisten,
- die Organisation des Gesundheitsversorgungsangebots durch die Erleichterung des Einsatzes oder der Verteilung der personellen und sächlichen Ressourcen zu optimieren und
- die gegenseitige Mitnutzung der vorhandenen Kenntnisse und Praktiken zu fördern.

Artikel 2

Geltungsbereich

(1) Dieses Rahmenabkommen gilt für folgendes Grenzgebiet:

1. in der Bundesrepublik Deutschland für die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland
2. in der Französischen Republik für die Region Elsass und die Region Lothringen.

(2) Die für die Organisation des Zugangs zur Gesundheitsversorgung und die soziale Sicherheit zuständigen Stellen führen dieses Rahmenabkommen durch.

(3) Dieses Rahmenabkommen findet auf alle Personen Anwendung, die Anspruch auf die Leistungen der Krankenversicherung einer der beiden Vertragsparteien und ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt im Grenzgebiet nach Absatz 1 haben. Dieses Rahmenabkommen erstreckt sich auf alle Personen, die ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt im Grenzgebiet nach Absatz 1 haben und eine notfallmedizinische Versorgung benötigen.

Artikel 3

Kooperationsvereinbarungen

(1) Zur Anwendung dieses Rahmenabkommens benennen die Vertragsparteien in der Verwaltungsvereinbarung nach Artikel 9 die Personen oder Stellen, die im Rahmen ihres innerstaatlichen Zuständigkeitsbereichs befugt sind, Kooperationsvereinbarungen zu schließen.

(2) Diese Vereinbarungen organisieren die Zusammenarbeit zwischen im Grenzgebiet befindlichen Strukturen und Einrichtungen des Gesundheitswesens, die dort angesiedelt oder Teil eines in diesem Gebiet tätigen Netzwerks sind. Hierzu können sie eine gegenseitige Ergänzung der bestehenden Strukturen und Einrichtungen im Gesundheitswesen herbeiführen sowie Kooperationsträger oder gemeinsame Strukturen schaffen.

(3) Diese Vereinbarungen legen die Bedingungen und Verfahren für die Gesundheitsversorgungsstrukturen, die Sozialversicherungsträger und den Einsatz des Gesundheitspersonals sowie für die Übernahme der Patienten fest. Diese Bedingungen und Verfahren betreffen vor allem, je nach Maßnahme, die folgenden Bereiche:

- den grenzüberschreitenden Einsatz des Gesundheitspersonals, für die französische Seite vornehmlich seine berufsrechtlichen Aspekte,
- die Organisation der notfallmedizinischen Versorgung und des Krankentransports der Patienten,
- die Gewährleistung einer durchgehenden Gesundheitsversorgung, vor allem hinsichtlich der Aufnahme und der Information der Patienten,
- die Evaluierungs- und Kontrollkriterien für die Qualität und die Sicherheit der Gesundheitsversorgung und
- die zur Durchführung der Kooperation erforderlichen Finanzmittel, insbesondere die Erstattung der im Rahmen der Bereitstellung von Ressourcen für die Behandlung von Patienten getätigten Ausgaben (Kostenerstattung).

(4) Die schon bestehenden Vereinbarungen müssen diesem Rahmenabkommen nach Maßgabe der in der Verwaltungs-

– de garantir le recours le plus rapide aux moyens de secours d'urgence,

– d'optimiser l'organisation de l'offre de soins en facilitant l'utilisation ou le partage des moyens humains et matériels,

– de favoriser la mutualisation des connaissances et des pratiques.

Article 2

Champ d'application

(1) Le présent accord cadre est applicable à la zone frontalière suivante:

1. en République fédérale d'Allemagne, aux Länder de Bade-Wurtemberg, Rhénanie-Palatinat et Sarre
2. en République française, à la région Alsace et à la région Lorraine.

(2) Les autorités compétentes en matière d'organisation de l'accès aux soins et de sécurité sociale mettent en œuvre le présent accord cadre.

(3) Le présent accord cadre s'applique à toute personne pouvant bénéficier des prestations de l'assurance maladie de l'une des Parties, et résidant habituellement ou séjournant temporairement dans la zone frontalière visée au paragraphe 1^{er}. Le présent accord cadre s'applique à toute personne résidant habituellement ou séjournant temporairement dans la zone frontalière visée au paragraphe 1^{er} et nécessitant des soins d'urgence.

Article 3

Conventions de coopération

(1) Pour l'application du présent accord cadre, les deux Parties désignent dans l'arrangement administratif visé à l'article 9, les personnes ou autorités qui peuvent conclure, dans leur domaine de compétence interne, des conventions de coopération.

(2) Ces conventions organisent la coopération entre des structures et ressources sanitaires situées dans la zone frontalière, y ayant un point d'ancrage ou faisant partie d'un réseau intervenant dans cette zone. Elles peuvent prévoir à cette fin des complémentarités entre structures et ressources sanitaires existantes, ainsi que la création d'organismes de coopération ou de structures communes.

(3) Ces conventions prévoient les conditions et les modalités pour les structures de soins, les organismes de sécurité sociale et l'intervention des professionnels de santé, ainsi que pour la prise en charge des patients. Ces conditions et modalités concernent, notamment, en fonction de l'objet, les domaines suivants:

- l'intervention transfrontalière des professionnels de santé, pour la partie française notamment leurs aspects statutaires,
- l'organisation des secours d'urgence et du transport sanitaire des patients,
- la garantie d'une continuité des soins incluant en particulier l'accueil et l'information des patients,
- les critères d'évaluation et de contrôle de la qualité et de la sécurité des soins et
- les moyens financiers nécessaires à la mise en œuvre des coopérations, notamment au remboursement des dépenses engagées dans le cadre de la mobilisation de ressources pour le traitement de patients.

(4) Les conventions déjà existantes doivent se conformer au présent accord cadre selon les modalités définies dans l'arran-

einbarung nach Artikel 9 festgelegten Einzelheiten angepasst werden.

Artikel 4

Gesundheitspersonal

Das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei zur Ausübung von Tätigkeiten im Rettungsdienst befugte Personal bedarf zur vorübergehenden Ausübung dieser Tätigkeiten bei grenzüberschreitenden Einsätzen in der notfallmedizinischen Versorgung im Rahmen dieses Rahmenabkommens keiner Berufserlaubnis der anderen Vertragspartei und ist von der Pflichtmitgliedschaft in Berufskammern des anderen Landes befreit. Ansonsten ist es an das im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei geltende Recht gebunden. Dies gilt insbesondere für die berufsrechtlichen Rechte und Pflichten, die im Bereich der Vertragspartei gelten, in deren Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt.

Artikel 5

Grenzübertritt

Zusammen mit den zuständigen Behörden treffen die Vertragsparteien alle gegebenenfalls nötigen Maßnahmen, um den Übertritt über die gemeinsame Grenze zur Durchführung dieses Rahmenabkommens zu erleichtern.

Artikel 6

Kostenübernahme durch ein Sozialversicherungssystem

(1) Die Bestimmungen der Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft über die Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit finden auf die Durchführung der Kooperationsvereinbarungen Anwendung.

(2) Ist eine vorherige Genehmigung erforderlich, um im Grenzgebiet eine Behandlung in Anspruch zu nehmen, so können die Kooperationsvereinbarungen im Gesundheitsbereich vorsehen, dass diese Genehmigung automatisch vom zuständigen Sozialversicherungsträger ausgestellt wird.

(3) Die Kooperationsvereinbarungen, die eine unmittelbare Kostenübernahme durch den zuständigen Träger der nach Artikel 3 Absatz 2 erhaltenen Behandlung vorsehen, können jedoch gegebenenfalls eine spezifische Entgeltregelung nach Maßgabe der in Artikel 9 genannten Verwaltungsvereinbarung vorsehen.

Artikel 7

Haftung

(1) Das anwendbare Haftungsrecht einschließlich desjenigen für die Erbringung medizinischer Leistungen bestimmt sich nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts.

(2) Das Bestehen einer Haftpflichtversicherung für die gegebenenfalls im Rahmen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auftretenden Schäden ist zwingend für das Gesundheitspersonal und für die Einrichtungen und Dienste des Gesundheitswesens vorgeschrieben, die im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung eine Behandlung übernehmen. Die näheren Einzelheiten werden in der Verwaltungsvereinbarung nach Artikel 9 geregelt.

Artikel 8

Gemeinsame Kommission

(1) Eine aus Vertretern der jeweils zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammengesetzte Gemeinsame Kommission wird beauftragt, die Anwendung dieses Rahmenabkommens zu begleiten und eventuelle Änderungen vorzuschlagen. Sie tritt einmal im Jahr und im Bedarfsfall auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien zusammen.

gement administratif visé à l'article 9.

Article 4

Professionnels de santé

Les personnels autorisés à exercer des activités dans le domaine des secours sur le territoire d'une Partie n'ont pas besoin d'autorisation d'exercice professionnel accordée par l'autre Partie pour l'exercice temporaire de ces activités dans le cadre d'interventions transfrontalières portant sur les secours d'urgence faisant l'objet du présent accord cadre et sont dispensés d'une affiliation obligatoire à une chambre professionnelle de l'autre pays. Par ailleurs, ils sont tenus de respecter le droit en vigueur sur le territoire de l'autre Partie. Cela s'applique notamment aux droits et obligations en matière de droit professionnel valables pour le domaine de la Partie sur le territoire de laquelle l'intervention est effectuée.

Article 5

Franchissement de frontière

En lien avec les autorités compétentes en la matière, les Parties prennent toutes mesures éventuellement nécessaires en vue de faciliter le franchissement de la frontière commune pour la mise en œuvre du présent accord cadre.

Article 6

Prise en charge par un régime de sécurité sociale

(1) Les dispositions des règlements de la Communauté européenne relatifs à la coordination des régimes de sécurité sociale sont applicables pour la mise en œuvre des conventions de coopération.

(2) Lorsqu'une autorisation préalable est requise pour recevoir des soins dans la zone frontalière, les conventions de coopération sanitaire peuvent prévoir que cette autorisation est délivrée automatiquement par l'institution de sécurité sociale compétente.

(3) Toutefois, les conventions de coopération qui prévoient une prise en charge directe par l'institution compétente des soins reçus dans les conditions visées au paragraphe 2 de l'article 3 peuvent prévoir, en cas de besoin, une tarification spécifique des actes et des soins selon les modalités définies dans l'arrangement administratif visé à l'article 9.

Article 7

Responsabilité

(1) Le droit applicable en matière de responsabilité y compris médicale est déterminé par le droit national respectif.

(2) Une obligation d'assurance en responsabilité civile qui couvre les éventuels dommages qui pourraient être causés par leur activité dans le cadre de la coopération sanitaire transfrontalière, est imposée aux professionnels de santé et aux établissements et services de santé dispensant des soins dans le cadre d'une convention de coopération. Les modalités en seront réglées dans l'arrangement administratif visé à l'article 9.

Article 8

Commission mixte

(1) Une commission mixte composée des représentants des autorités compétentes de chaque Partie, est chargée de suivre l'application du présent accord cadre et d'en proposer les éventuelles modifications. Elle se réunit une fois par an et, en tant que de besoin, à la demande de l'une ou l'autre Partie.

(2) Schwierigkeiten bei der Anwendung oder Auslegung dieses Rahmenabkommens werden von der Gemeinsamen Kommission geregelt.

(3) Die Gemeinsame Kommission erstellt jährlich einen Evaluierungsbericht über das Funktionieren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich.

Artikel 9

Verwaltungsvereinbarung

Eine von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien geschlossene Verwaltungsvereinbarung legt die Einzelheiten der Anwendung dieses Rahmenabkommens fest.

Artikel 10

Inkrafttreten

Jede Vertragspartei notifiziert der anderen die Erfüllung der zum Inkrafttreten dieses Rahmenabkommens erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen. Es tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, der auf den Zugang der letzten dieser Notifikationen folgt.

Artikel 11

Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Rahmenabkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Jede Vertragspartei dieses Rahmenabkommens kann es jederzeit durch schriftliche Notifikation an die andere Vertragspartei auf diplomatischem Weg kündigen. Diese Kündigung wird zwölf Monate nach Zugang der besagten Notifikation wirksam.

(3) Die Kündigung dieses Rahmenabkommens berührt nicht den Fortbestand der Kooperationsvereinbarungen im Gesundheitsbereich.

Geschehen zu Weil am Rhein am 22. Juli 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Les difficultés relatives à l'application ou à l'interprétation du présent accord cadre sont réglées par la commission mixte.

(3) Chaque année, la commission mixte élabore un rapport d'évaluation sur le fonctionnement du dispositif de coopération sanitaire transfrontalière.

Article 9

Arrangement administratif

Un arrangement administratif, conclu par les autorités compétentes des Parties, fixe les modalités d'application du présent accord cadre.

Article 10

Entrée en vigueur

Chaque Partie notifie à l'autre l'accomplissement des conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur du présent accord cadre. Il entre en vigueur au premier jour du deuxième mois suivant la date de réception de la dernière de ces notifications.

Article 11

Durée et dénonciation

(1) Le présent accord cadre est conclu pour une durée indéterminée.

(2) Chaque Partie au présent accord cadre peut le dénoncer à tout moment par notification écrite adressée à l'autre Partie par voie diplomatique. Cette dénonciation prend effet douze mois après la date de réception de ladite notification.

(3) La dénonciation du présent accord cadre ne préjuge pas du maintien en vigueur des conventions de coopération sanitaire.

Fait à Weil am Rhein le 22 juillet 2005 en deux exemplaires, chacun en langue allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Thomas Läufer
Ulla Schmidt

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française

Xavier Bertrand

Verwaltungsvereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für Gesundheit und Solidarität der Französischen Republik
über die Durchführungsmodalitäten des Rahmenabkommens vom 22. Juli 2005
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Arrangement administratif
entre le Ministère fédéral de la Santé de la République fédérale d'Allemagne
et le Ministre de la Santé et des Solidarités de la République française
concernant les modalités d'application de l'Accord cadre du 22 juillet 2005
sur la coopération sanitaire transfrontalière

Das Bundesministerium für Gesundheit
der Bundesrepublik Deutschland

und

der Minister für Gesundheit und Solidarität
der Französischen Republik –

Le Ministère fédéral de la Santé
de la République fédérale d'Allemagne

et

le Ministre de la Santé et des Solidarités
de la République française –

als zuständige Behörden gemäß Artikel 9 des Rahmenabkommens vom 22. Juli 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, im Folgenden als „Rahmenabkommen“ bezeichnet –

en tant qu'autorités compétentes, conformément aux dispositions de l'article 9 de l'Accord cadre du 22 juillet 2005 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française sur la coopération sanitaire transfrontalière, ci-après désigné «Accord cadre» –

sind wie folgt übereingekommen:

sont convenus de ce qui suit:

Artikel 1

Zuständige Personen und Stellen

In Anwendung von Artikel 3 Absatz 1 des Rahmenabkommens sind folgende Personen und Stellen befugt, Kooperationsvereinbarungen im Gesundheitsbereich einschließlich des Rettungsdienstes zu schließen:

1. für die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Zuständigkeit die der Rechtsaufsicht des Bundesversicherungsamtes unterstellten Selbstverwaltungskörperschaften sowie auf der Ebene der Länder die jeweiligen Ministerien sowie die ihnen nachgeordneten Behörden und ihrer Rechtsaufsicht unterstellten Selbstverwaltungskörperschaften sowie sonstige Einrichtungen und Dienste des Gesundheitswesens;
2. für Frankreich im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Regional- oder Departementsdirektionen für Gesundheits- und Sozial-

Article 1^{er}

Personnes et organismes compétents

En application du paragraphe 1 de l'article 3 de l'Accord cadre, les personnes et autorités suivantes sont habilitées à conclure des conventions de coopération dans le secteur de la santé, y compris pour les services d'urgence sanitaires:

1. pour la République fédérale d'Allemagne, dans le cadre de leur compétence les collectivités en administration autonome soumises à la surveillance juridique de l'Institut fédéral des assurances, au niveau des Länder les Ministères respectifs ainsi que les autorités qui leur sont subordonnées et les collectivités en administration autonome placées sous leur surveillance juridique et autres établissements et services de santé;
2. pour la France, dans le cadre de leur compétence, les Directions Régionales ou Départementales des Affaires Sanitaires

angelegenheiten (DRASS oder DDASS), die regionalen Agenturen für das Krankenhauswesen (ARH), die in den Artikeln L. 6115-1 ff. des Gesetzes über das öffentliche Gesundheitswesen definiert sind, sowie die Regionalverbände der Krankenkassen (URCAM), die in den Artikeln L. 183-1 ff. des Gesetzes über soziale Sicherheit definiert sind.

Artikel 2

Bedingungen und Verfahren für das Tätigwerden des Gesundheitspersonals, der Gesundheitsversorgungsstrukturen und der Sozialversicherungsträger

In Anwendung von Artikel 3 Absatz 3 des Rahmenabkommens und unbeschadet des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts bestimmen die Vereinbarungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich in den einzelnen nachstehenden Anwendungsbereichen je nach Fall insbesondere Folgendes:

1. Grenzüberschreitender Einsatz des Gesundheitspersonals
 - die Mobilitätsbedingungen für das Gesundheitspersonal,
 - Art und Dauer der Beteiligung des Gesundheitspersonals,
 - die Bedingungen der Beteiligung des angestellten und freiberuflichen Gesundheitspersonals an den Krankenhausnotdiensten und am Bereitschaftsdienst,
 - die Bedingungen der punktuellen und unregelmäßigen Berufsausübung durch das angestellte und freiberufliche Gesundheitspersonal;
2. Organisation der Notfallmedizinischen Versorgung und des Krankentransports der Patienten
 - die Einsatzbedingungen bei der Erstversorgung von Menschen in Lebensgefahr,
 - die Bestimmung des Ortes der Krankenhauseinlieferung von Notfallpatienten nach Maßgabe des Einsatzortes, des Schweregrads des Krankheitsbildes und der technischen Ausstattung der Krankenhäuser,
 - die Bedingungen der Begleitung des Patienten vom Ort des Geschehens bis zur nächstgelegenen Versorgungseinrichtung, sofern erforderlich,
 - die Koordination der Kommunikationsmittel,
 - die Verfahren zur Kontaktaufnahme mit den Notrufleitstellen,
 - die Einsatzbedingungen für ein Rettungsteam, das einen Notruf entgegennimmt,
 - die Einsatzbedingungen ohne Notruf aufgrund der Nähe der Versorgungsstrukturen und der Verfügbarkeit der Teams;
3. Gewährleistung einer durchgehenden Gesundheitsversorgung, vor allem hinsichtlich der Aufnahme und der Information der Patienten
 - die Bedingungen des Zugangs zur Versorgung,
 - die Krankentransporte,
 - die Entlassungsmodalitäten,
 - die Bedingungen der Rechnungslegung und Kostenerstattung,
 - die Information des Patienten (Krankenakte, klinischer Kurzbericht, Entlassungsschein, Operationsprotokoll),
 - das zweisprachige Aufnahmeheft;
4. Evaluierungs- und Kontrollkriterien für die Qualität und die Sicherheit der Gesundheitsversorgung
 - a) qualitative Maßnahmen für das Risikomanagement, vor allem im Hinblick auf

et Sociales (DRASS ou DDASS), les Agences Régionales de l'Hospitalisation (ARH), telles que définies aux articles L. 6115-1 et suivants du Code de la Santé publique, ainsi que les Unions Régionales des Caisses d'Assurance Maladie (URCAM), telles que définies aux articles L. 183-1 et suivants du Code de la Sécurité sociale.

Article 2

Conditions et modalités d'intervention des professionnels de santé, des structures de soins et des organismes de sécurité sociale

En application du paragraphe 3 de l'article 3 de l'Accord cadre et sans préjudice du droit national respectif en vigueur, les conventions de coopération sanitaire transfrontalière précisent notamment, selon les cas, lorsque le champ d'application porte:

1. Sur l'intervention transfrontalière des professionnels de santé
 - les conditions de mobilité des professionnels,
 - la nature et la durée de la participation des professionnels,
 - les conditions de participation à l'urgence hospitalière et à la permanence des soins des professionnels de santé salariés et libéraux,
 - les conditions de l'exercice ponctuel et irrégulier des professionnels de santé salariés et libéraux;
2. Sur l'organisation des secours d'urgence et du transport sanitaire des patients
 - les conditions d'intervention visant à apporter les premiers soins aux personnes en urgence vitale,
 - la détermination du lieu de l'hospitalisation des patients traités en urgence en fonction du lieu d'intervention, de la gravité des pathologies et des plateaux techniques hospitaliers,
 - les conditions d'accompagnement du patient de son lieu de détresse à l'établissement de soins le plus proche, si nécessaire,
 - la coordination des moyens de communication,
 - les modalités de prise de contact avec les centres de régulation des appels d'urgence,
 - les modalités d'intervention d'une équipe de secours répondant à un appel d'urgence,
 - les modalités d'intervention, hors appel d'urgence, en fonction de la proximité des structures de soins et de la disponibilité des équipes;
3. Sur la garantie d'une continuité des soins incluant en particulier l'accueil et l'information des patients
 - les conditions d'accès aux soins,
 - les transports sanitaires,
 - les modalités de sortie,
 - les conditions de facturation et de remboursement,
 - l'information du patient (dossier médical, résumé clinique, lettre de sortie, compte rendu opératoire),
 - le livret d'accueil dans les deux langues;
4. Sur les critères d'évaluation et de contrôle de la qualité et de la sécurité des soins
 - a) les mesures de politique qualité pour la maîtrise des risques, relatives notamment

- die gesamten Bereiche der Vigilanz,
 - die Arzneimittelabgabe,
 - die Bluttransfusion,
 - die Anästhesie und
 - die Bekämpfung der iatrogenen Risiken und der Nosokomialinfektionen,
- b) die Auffrischung der Kenntnisse des Gesundheitspersonals,
- c) die Übermittlung der medizinischen Informationen über die Patienten,
- d) die Schmerztherapie.

In jedem Fall legen die nach Artikel 1 geschlossenen Vereinbarungen die Methoden zur gegenseitigen Nutzung bewährter Praktiken der Qualitätssicherung fest.

5. Finanzielle Abwicklung der Patientenübernahme

- die Einrichtung eines Mechanismus zur Berücksichtigung der Träger von Zusatzkrankenversicherungen, der die Organisation eines Sachleistungssystems ermöglicht.

Artikel 3

Frist für die Anpassung schon bestehender Vereinbarungen

In Anwendung von Artikel 3 Absatz 4 des Rahmenabkommens werden die Kooperationsvereinbarungen im Gesundheitsbereich, die vor dem Inkrafttreten des Rahmenabkommens geschlossen wurden, bei Bedarf so schnell wie möglich, spätestens aber ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Rahmenabkommens diesem angepasst. Ansonsten werden dem Rahmenabkommen widersprechende Kooperationsvereinbarungen zu diesem Zeitpunkt unwirksam.

Artikel 4

Verfahren zur Kostenübernahme durch ein Sozialversicherungssystem

In Anwendung von Artikel 6 des Rahmenabkommens werden die Kosten einer Behandlung, die im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung erfolgt, von dem zuständigen Träger je nach Sachlage nach drei verschiedenen Verfahren übernommen:

1. nach der Entgeltregelung des Behandlungsortes im Rahmen der EG-Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit und sofern der Versicherte dem Leistungserbringer ein EG-Dokument vorlegen kann, das seinen Leistungsanspruch bescheinigt;
2. nach der Entgeltregelung des Staates, in dem der Versicherte versichert ist, im Rahmen der Behandlungskostenübernahme gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur freien Dienstleistungserbringung und zum freien Warenverkehr im Gesundheitsbereich;
3. nach der spezifischen Entgeltregelung, die zwischen den Stellen ausgehandelt wurde, welche die Kooperationsvereinbarung im Gesundheitsbereich unterzeichnet haben, und die gegebenenfalls nach dem jeweils geltenden innerstaatlichen Recht von den zuständigen Stellen zu bestätigen ist.

Artikel 5

Haftpflichtversicherung

Im Rahmen der Vereinbarungen nach Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenabkommens stellen die Kooperationspartner im Sinne von Artikel 1 dieser Verwaltungsvereinbarung sicher, dass die an der Zusammenarbeit beteiligten Einrichtungen und Dienste des Gesundheitswesens und das Gesundheitspersonal über eine hinreichende Haftpflichtversicherung verfügen, die ihre Haftung

- à l'ensemble des domaines de vigilance,
- à la distribution du médicament,
- aux transfusions sanguines,
- aux anesthésies et
- à la maîtrise des risques iatrogènes et des infections nosocomiales,

b) l'actualisation des connaissances des professionnels de santé,

c) la transmission des informations médicales relatives aux patients,

d) la prise en charge de la douleur.

Dans tous les cas, les conventions conclues conformément à l'article 1^{er} fixent la méthodologie associée à la mutualisation des bonnes pratiques en matière d'assurance qualité.

5. Sur les modalités financières de prise en charge des patients

- la mise en œuvre d'un dispositif de prise en compte des organismes complémentaires d'assurance maladie permettant d'organiser un système de tiers payant.

Article 3

Délai de mise en conformité des conventions déjà existantes

En application du paragraphe 4 de l'article 3 de l'Accord cadre, les conventions de coopération sanitaire antérieures à la date d'entrée en vigueur de l'Accord cadre sont, si nécessaire, mises en conformité dès que possible et au plus tard un an après la date d'entrée en vigueur de l'Accord cadre. A défaut, les conventions de coopération contraires à l'Accord cadre deviendront caduques à l'expiration de ce délai.

Article 4

Modalités de prise en charge par un régime de sécurité sociale

En application de l'article 6 de l'Accord cadre, les soins dispensés dans le cadre d'une convention de coopération sont pris en charge par l'institution compétente selon trois modalités différentes, en fonction des situations:

1. sur la base des tarifs du lieu des soins, dans le cadre des règlements CE relatifs à la coordination des régimes de sécurité sociale et lorsque l'assuré peut présenter au prestataire de soins un document communautaire attestant l'ouverture de ses droits;
2. sur la base des tarifs de l'Etat d'affiliation, dans le cadre de la prise en charge des soins conformément à la jurisprudence de la Cour de Justice des Communautés européennes relative à la libre prestation de services et à la libre circulation des marchandises en matière de soins de santé;
3. sur la base de tarifs spécifiques négociés entre les autorités signataires de la convention de coopération sanitaire, à confirmer le cas échéant selon le droit national respectif en vigueur par les autorités compétentes.

Article 5

Assurance responsabilité civile

Dans le cadre des conventions visées au paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord cadre, les partenaires de coopération au sens de l'article 1^{er} du présent Arrangement administratif veillent à ce que les établissements et services de santé et les professionnels de santé impliqués dans les coopérations disposent d'une assurance suffisante destinée à les garantir

im Sinne von Artikel 7 Absatz 2 des genannten Rahmenabkommens abdecken soll. Der Rettungsdienst unterliegt seinerseits der Haftpflichtversicherungspflicht.

pour leur responsabilité civile, au sens du paragraphe 2 de l'article 7 dudit Accord cadre. Les services d'urgence sanitaires sont également soumis à l'obligation de couverture par une assurance responsabilité civile.

Artikel 6

Inkrafttreten

Jede Vertragspartei notifiziert der anderen die Erfüllung der zum Inkrafttreten dieser Verwaltungsvereinbarung erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen. Sie tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, der auf den Zugang der letzten dieser Notifikationen folgt, frühestens jedoch an dem Tag, an dem das Rahmenabkommen in Kraft tritt.

Geschehen zu Berlin am 9. März 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 6

Entrée en vigueur

Chaque Partie notifie à l'autre l'accomplissement des conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur du présent Arrangement administratif. Il entre en vigueur au premier jour du deuxième mois suivant la date de réception de la dernière de ces notifications, au plus tôt le jour de l'entrée en vigueur de l'Accord cadre.

Fait à Berlin le 9 mars 2006, en deux exemplaires, en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Für das Bundesministerium für Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Ministère fédéral de la Santé de la République fédérale d'Allemagne

Ulla Schmidt

Für den Minister für Gesundheit und Solidarität der Französischen Republik
Pour le Ministre de la Santé et des Solidarités de la République française

Xavier Bertrand

**Anordnung
zur Bestimmung der zuständigen Stelle
nach Artikel 3 des Ersten Protokolls betreffend die Auslegung
des am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens
über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften**

Vom 12. Dezember 2006

I.

Nach Artikel 3 des Gesetzes zu den Protokollen vom 19. Dezember 1988 betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 19. Juni 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften sowie zur Übertragung bestimmter Zuständigkeiten für die Auslegung dieses Übereinkommens auf den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vom 16. November 1995 (BGBl. 1995 II S. 914) wird das Bundesamt für Justiz als zuständige Stelle im Sinne des Artikels 3 des Ersten Protokolls betreffend die Auslegung des am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (BGBl. 1995 II S. 914, 916) bestimmt.

II.

Diese Anordnung ersetzt die Anordnung vom 21. April 2005 (BGBl. 2005 II S. 402) und wird am 1. Januar 2007 wirksam.

Berlin, den 12. Dezember 2006

Die Bundesministerin der Justiz
In Vertretung
Diwell

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen,
und der Änderung von 1999 hierzu**

Vom 26. Oktober 2006

I.

Das Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1988 II S. 1014), wird nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für

Äquatorialguinea am 5. Dezember 2006
in Kraft treten.

II.

Die Änderung vom 3. Dezember 1999 des Montrealer Protokolls (BGBl. 2002 II S. 921) wird nach ihrem Artikel 3 Abs. 3 für

Argentinien am 26. November 2006
Kolumbien am 14. Dezember 2006
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 7. April 2005 (BGBl. II S. 568) und vom 18. September 2006 (BGBl. II S. 902).

Berlin, den 26. Oktober 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
zu dem Internationalen Übereinkommen
zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**

Vom 30. Oktober 2006

Bolivien hat am 14. Februar 2006 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Internationalen Übereinkommens vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (BGBl. 1969 II S. 961) die nachstehende Erklärung nach Artikel 14 des Übereinkommens notifiziert:

(Übersetzung)

(Original: English and Spanish)

“The Government of Bolivia recognizes the competence of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination established under article 8 of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, in compliance with article 14 of the Convention.”

(Original: Englisch und Spanisch)

„Im Einklang mit Artikel 14 des Übereinkommens erkennt die Regierung von Bolivien die Zuständigkeit des nach Artikel 8 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung errichteten Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung an.“

Georgien hat am 30. Juni 2005 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die nachstehende Erklärung nach Artikel 14 des Übereinkommens notifiziert:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 14, Paragraph 1, of the Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination done at New York on March 7, 1966 Georgia recognizes the competence of the Committee for the elimination of racial discrimination to receive and consider communications from individuals or groups of individuals within its jurisdiction claiming to be victims of a violation, by Georgia, of any of the rights set forth in the abovementioned Convention.”

„Im Einklang mit Artikel 14 Absatz 1 des am 7. März 1966 in New York beschlossenen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung erkennt Georgien die Zuständigkeit des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung für die Entgegennahme und Erörterung von Mitteilungen einzelner seiner Hoheitsgewalt unterstehender Personen oder Personengruppen, die vorgeben, Opfer einer Verletzung eines in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechts durch Georgien zu sein, an.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. Oktober 2004 (BGBl. II S. 1599).

Berlin, den 30. Oktober 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
zu dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame,
unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Vom 30. Oktober 2006

Bolivien hat am 14. Februar 2006 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 1990 II S. 246) die nachstehenden Erklärungen nach den Artikeln 21 und 22 des Übereinkommens notifiziert:

(Übersetzung)

“The Government of Bolivia recognizes the competence of the Committee against Torture as provided for under article 21 of the Convention.

„Die Regierung von Bolivien erkennt die Zuständigkeit des Ausschusses gegen Folter nach Artikel 21 des Übereinkommens an.

The Government of Bolivia recognizes the competence of the Committee against Torture as provided for under article 22 of the Convention.”

Die Regierung von Bolivien erkennt die Zuständigkeit des Ausschusses gegen Folter nach Artikel 22 des Übereinkommens an.“

Brasilien hat am 26. Juni 2006 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die nachstehende Erklärung nach Artikel 22 des Übereinkommens notifiziert:

(Übersetzung)

“... the Federative Republic of Brazil recognizes the competence of the Committee against Torture to receive and consider denunciations of violations of the provisions of the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, adopted in New York on December 10, 1984, as permitted by Article 22 of the Convention.”

„... die Föderative Republik Brasilien anerkennt die Zuständigkeit des Ausschusses gegen Folter zur Entgegennahme und Prüfung von Anzeigen betreffend Verletzungen des am 10. Dezember 1984 in New York angenommenen Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, wie durch Artikel 22 des Übereinkommens vorgesehen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. März 2006 (BGBl. II S. 342).

Berlin, den 30. Oktober 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „CACI, Inc. – Federal“
(Nr. DOCPER-AS-18-03)**

Vom 27. November 2006

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 9. November 2006 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „CACI, Inc. – Federal“ (Nr. DOCPER-AS-18-03) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 9. November 2006

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 27. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Auswärtiges Amt

Berlin, den 9. November 2006

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 806 vom 9. November 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen CACI, Inc. – Federal einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-18-03 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen CACI, Inc. – Federal zur Erleichterung seiner Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen CACI, Inc. – Federal wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Der Auftragnehmer unterstützt die US-Landstreitkräfte in Europa (USAREUR), Stabsabteilung Logistik G4, in den Bereichen Logistik, Automatisierung, Planung, Transformation und bei strategischen Einsätzen zur Unterstützung der Soldaten im Einsatzge-

biet von USAREUR im Rahmen des globalen Kriegs gegen den Terrorismus. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Military Planner (Anhang I.1.) und Functional Analyst (Anhang II.6.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen CACI, Inc. – Federal wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-18-03 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen CACI, Inc. – Federal endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 16. August 2006 bis 10. März 2009 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 9. November 2006 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 806 vom 9. November 2006 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 9. November 2006 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland
und dem Außenministerium der Republik Ungarn
über die Unterbringung der Botschaft und des diplomatischen Personals
der Republik Ungarn in Afghanistan
in den Räumen der Deutschen Botschaft in Kabul**

Vom 28. November 2006

Durch Notenwechsel vom 5./18. Oktober 2006 ist in Berlin eine Vereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Außenministerium der Republik Ungarn über die Unterbringung der Botschaft und des diplomatischen Personals der Republik Ungarn in Afghanistan in den Räumen der Deutschen Botschaft in Kabul geschlossen worden, die nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 18. Oktober 2006

in Kraft getreten ist; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 28. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Auswärtiges Amt

Berlin, den 18. Oktober 2006

Verbalnote

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, der Botschaft der Republik Ungarn den Eingang der Verbalnote Nr. 86/2006 vom 5. Oktober 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

1. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland und das Außenministerium der Republik Ungarn vereinbaren, die Botschaft und das diplomatische Personal der Republik Ungarn in der Islamischen Republik Afghanistan in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kabul unterzubringen.
2. Voraussetzung für die Durchführung des unter Nummer 1 Vereinbarten ist, dass das Außenministerium der Republik Ungarn im Zusammenwirken mit der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan die völkerrechtlichen Voraussetzungen für die Eröffnung einer diplomatischen Mission in der Islamischen Republik Afghanistan und für die Entsendung seines diplomatischen Personals nach Afghanistan schafft und dass die Regierung der Islamischen Republik Afghanistan der gemeinsamen Unterbringung zustimmt.
3. Die gemeinsame Unterbringung wird der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan von den Vertragsparteien separat mit der Bitte um Zustimmung notifiziert. Zeitpunkt und Inhalt der Verbalnoten werden zwischen der deutschen und der ungarischen Vertragspartei abgestimmt.
4. Die Beziehungen zwischen dem ungarischen diplomatischen Personal und den Mitgliedern der Deutschen Botschaft in Kabul sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder des diplomatischen Personals der Botschaft der Republik Ungarn innerhalb der Deutschen Botschaft in Kabul orientieren sich an der Gemeinsamen Absprache zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Außenministerium der Republik Ungarn vom 5. September 2006.
5. Die gemeinsame Unterbringung der Botschaften der Republik Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland in Kabul erfolgt für einen Zeitraum von zwei Jahren und verlängert sich automatisch jeweils um ein Jahr, sofern sie nicht auf Wunsch einer der Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen ganz oder teilweise beendet wird.
6. Diese Vereinbarung wird in deutscher und ungarischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, der Botschaft der Republik Ungarn mitzuteilen, dass sich das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen des Außenministeriums der Republik Ungarn einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Republik Ungarn vom 5. Oktober 2006 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Außenministerium der Republik Ungarn, die mit dem Datum dieser Verbalnote in Kraft tritt und deren deutscher und ungarischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Republik Ungarn erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Republik Ungarn
Berlin

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-guatemalteckischen Vertrages
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 28. November 2006

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 3. August 2005 zu dem Vertrag vom 17. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2005 II S. 725) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 11 Abs. 2

am 29. Oktober 2006

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 29. September 2006 in Guatemala-Stadt ausgetauscht.

Berlin, den 28. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-bahrainischen Abkommens
zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 18. Juni 1991
über den Luftverkehr**

Vom 28. November 2006

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2002 zu dem Abkommen vom 2. Oktober 2000 zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 18. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Bahrain über den Luftverkehr (BGBl. 2002 II S. 1556) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 3 Abs. 2

am 23. Oktober 2003

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 23. September 2003 in Berlin ausgetauscht.

Berlin, den 28. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-katarischen Protokolls
zum Abkommen vom 9. November 1996
über den Luftverkehr**

Vom 29. November 2006

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2002 zu dem Protokoll vom 17. November 1999 zur Ergänzung des Abkommens vom 9. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr und zu dem Protokoll vom 27. Mai 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar zum Abkommen vom 9. November 1996 über den Luftverkehr (BGBl. 2002 II S. 1151, 1154) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll vom 27. Mai 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar zum Abkommen vom 9. November 1996 über den Luftverkehr nach seinem Artikel 3 Abs. 2

am 30. Juni 2003

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 31. Mai 2003 in Doha ausgetauscht.

Berlin, den 29. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativ-Protokolls über den Erwerb der Staatsangehörigkeit
zu dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen**

Vom 4. Dezember 2006

Die Republik Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass sie sich mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag der Gründung der Republik Montenegro, als durch das Fakultativ-Protokoll vom 24. April 1963 über den Erwerb der Staatsangehörigkeit (BGBl. 1969 II S. 1585, 1674) zu dem Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. November 2003 (BGBl. II S. 2175).

Berlin, den 4. Dezember 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die Hohe See sowie
des Fakultativen Unterzeichnungsprotokolls über die
obligatorische Beilegung von Streitigkeiten**

Vom 4. Dezember 2006

Die Republik Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass sie sich mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag der Gründung der Republik Montenegro, als durch das Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See (BGBl. 1972 II S. 1089) sowie durch das Fakultative Unterzeichnungsprotokoll vom 29. April 1958 über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten (BGBl. 1972 II S. 1089, 1102) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. August 2001 (BGBl. II S. 938).

Berlin, den 4. Dezember 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland**

Vom 4. Dezember 2006

Die Republik Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass sie sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag der Gründung der Republik Montenegro, als durch das Übereinkommen vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (BGBl. 1959 II S. 149) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. September 2006 (BGBl. II S. 1008).

Berlin, den 4. Dezember 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Europäischen Übereinkommens vom 6. November 1997
über die Staatsangehörigkeit**

Vom 8. Dezember 2006

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 6. November 1997 über die Staatsangehörigkeit (BGBl. 2004 II S. 578) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. September 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen

in Kraft getreten.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

| | | |
|------------------------------------------------------------------------|----|------------------|
| Albanien | am | 1. Juni 2004 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung | | |
| Bulgarien | am | 1. Juni 2006 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und der Erklärung | | |
| Dänemark | am | 1. November 2002 |
| nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts und der Erklärung | | |
| Island | am | 1. Juli 2003 |
| Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik | am | 1. Oktober 2003 |
| nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts und der Erklärungen | | |
| Moldau | am | 1. März 2000 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen | | |
| Niederlande | am | 1. Juli 2001 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung | | |
| Österreich | am | 1. März 2000 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und Erklärungen | | |
| Portugal | am | 1. Februar 2002 |
| Schweden | am | 1. Oktober 2001 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung | | |
| Slowakei | am | 1. März 2000 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung | | |
| Tschechische Republik | am | 1. Juli 2004 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung | | |
| Ungarn | am | 1. März 2002 |
| nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und der Erklärung. | | |

II.

Bundesrepublik Deutschland bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. Mai 2005:

Erklärungen

„1) Erklärung zu Artikel 8

Deutschland erklärt, dass von einem Verlust seiner Staatsangehörigkeit durch Entlassung unabhängig von ihrem Aufenthalt ausgeschlossen sind:

1. Beamte, Richter, Soldaten der Bundeswehr und sonstige Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis stehen, solange ihr Dienst- und Amtsverhältnis nicht beendet ist, mit Ausnahme der ehrenamtlich tätigen Personen,
2. Wehrpflichtige, solange nicht das Bundesministerium der Verteidigung oder die von ihm bezeichnete Stelle erklärt hat, dass gegen die Entlassung Bedenken nicht bestehen.

Handelt es sich bei den unter den Nummern 1 und 2 genannten Personen um Mehrstaater, so wird ihnen die für eine Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung eines entsprechenden Verzichts erforderliche Genehmigung nur dann erteilt, wenn sie seit mindestens zehn Jahren ihren dauernden Aufenthalt im Ausland haben. Wehrpflichtige erhalten eine solche Genehmigung darüber hinaus auch dann, wenn sie entweder in einem der Staaten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, ihren Wehrdienst geleistet haben oder eine Unbedenklichkeitserklärung des Bundesministeriums der Verteidigung oder der von ihm bezeichneten Stelle vorlegen.

2) Erklärung zu Artikel 10

Deutschland erklärt, dass das Aufnahmeverfahren für Spätaussiedlerbewerber (Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit Wohnsitz in ehemaligen Ostblockstaaten) sowie deren Ehegatten oder Abkömmlinge nicht auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gerichtet oder Bestandteil eines solchen Verfahrens ist.“

Vorbehalte

„1) Vorbehalt zu Artikel 7

Deutschland erklärt, dass ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes im Rahmen der Optionsregelung des § 29 Staatsangehörigkeitsgesetz (Wahl zwischen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit bei Volljährigkeit) bei einer Person eintreten kann, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland (ius soli) neben einer ausländischen Staatsangehörigkeit erworben hat.

2) Vorbehalt zu Artikel 7 Absatz 1, Buchstabe f

Deutschland erklärt, dass ein Verlust der Staatsangehörigkeit auch eintreten kann, wenn nach Erreichen der Volljährigkeit festgestellt wird, dass die Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht erfüllt waren.

3) Vorbehalt zu Artikel 7 Absatz 1, Buchstabe g

Deutschland erklärt, dass ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auch bei einer erwachsenen Person durch Adoption eintreten kann.

4) Vorbehalt zu Artikel 22

Deutschland erklärt, dass diese Vorschrift nicht angewandt wird mit Ausnahme des Buchstabens a im Hinblick auf Personen, die ersatzweise Zivildienst geleistet haben oder bei denen die Befreiung von der Wehrpflicht auf der Leistung eines dem Wehr- oder Zivildienst gleichwertigen Dienstes beruht.“

Albanien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. Februar 2004:

(Übersetzung)

“The Republic of Albania declares that, concerning Article 22 of the European Convention on Nationality, in the Republic of Albania the age referred to in Article 22, paragraph b, is considered to have been reached with the completion of age 27.”

„Die Republik Albanien erklärt, dass in Bezug auf Artikel 22 des Europäischen Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit in der Republik Albanien das in Artikel 22 Buchstabe b bezeichnete Alter mit Vollendung des 27. Lebensjahrs als erreicht gilt.“

Bulgarien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 2. Februar 2006:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 29, paragraph 1, of the Convention, the Republic of

„Im Einklang mit Artikel 29 Absatz 1 des Übereinkommens behält sich die Republik

Bulgaria reserves the right not to apply the provision of Article 11 of the Convention.

In accordance with Article 29, paragraph 1, of the Convention, the Republic of Bulgaria reserves the right not to apply the provision of Article 12 of the Convention.

In accordance with Article 29, paragraph 1, of the Convention, the Republic of Bulgaria reserves the right not to apply the provision of Article 16 of the Convention.

In accordance with Article 29, paragraph 1, of the Convention, the Republic of Bulgaria reserves the right not to apply the provision of Article 17, paragraph 1, of the Convention. Under the terms of this reservation, the Republic of Bulgaria shall not apply in respect of the nationals of the Republic of Bulgaria in possession of another nationality and residing on its territory the rights and duties for which the Constitution and laws require only Bulgarian nationality.

Pursuant to Article 22, paragraph b, of the Convention, the Republic of Bulgaria declares that in the Republic of Bulgaria the age limit for compulsory military recruitment is 27."

Bulgarien das Recht vor, Artikel 11 des Übereinkommens nicht anzuwenden.

Im Einklang mit Artikel 29 Absatz 1 des Übereinkommens behält sich die Republik Bulgarien das Recht vor, Artikel 12 des Übereinkommens nicht anzuwenden.

Im Einklang mit Artikel 29 Absatz 1 des Übereinkommens behält sich die Republik Bulgarien das Recht vor, Artikel 16 des Übereinkommens nicht anzuwenden.

Im Einklang mit Artikel 29 Absatz 1 des Übereinkommens behält sich die Republik Bulgarien das Recht vor, Artikel 17 Absatz 1 des Übereinkommens nicht anzuwenden. Nach diesem Vorbehalt wendet die Republik Bulgarien die Rechte und Pflichten, für welche die Verfassung und die Gesetze allein die bulgarische Staatsangehörigkeit voraussetzen, auf Staatsangehörige der Republik Bulgarien, die eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen und in ihrem Hoheitsgebiet ansässig sind, nicht an.

Nach Artikel 22 Buchstabe b des Übereinkommens erklärt die Republik Bulgarien, dass das Höchstalter für die Wehrpflicht in der Republik Bulgarien 27 Jahre beträgt."

Dänemark bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. Juli 2002:

(Übersetzung)

"Denmark makes the reservation to the effect that Article 12 of the Convention shall not be binding on Denmark.

Referring to Article 29, paragraph 2, of the Convention, Denmark wishes, in that connection, to notify the Secretary General of the Council of Europe of the following:

Pursuant to section 44 of the Danish Constitution, naturalisation shall be granted by law. The Folketing (Danish Parliament) and, on behalf of the Folketing, the Naturalisation Committee of the Folketing are not part of the public administration and, consequently, are not bound by the general rules of administrative law, which implies that there is no right to an administrative review.

Introducing a right to review into the Danish procedure of considering applications for Danish nationality by naturalisation, cf. Article 12 of the Convention, would require an amendment to the Danish Constitution.

Pursuant to Article 22, sub-paragraph b of the Convention, Denmark shall uphold her declaration of 9 July 1980 concerning Article 6, paragraph 3, second sub-paragraph, of the European Convention on the Reduction of Cases of Multiple Nationality and Military Obligations in Cases of Multiple Nationality as amended by the Protocol of 24 November 1977.

„Dänemark bringt einen Vorbehalt an, dem zufolge Artikel 12 des Übereinkommens für Dänemark nicht bindend ist.

In Bezug auf Artikel 29 Absatz 2 des Übereinkommens möchte Dänemark in diesem Zusammenhang dem Generalsekretär des Europarats Folgendes notifizieren:

Nach Artikel 44 der dänischen Verfassung wird die Einbürgerung durch Gesetz gewährt. Das dänische Parlament (Folketing) und der im Namen des Folketing handelnde Einbürgerungsausschuss des Folketing sind nicht Teil der öffentlichen Verwaltung und daher nicht durch die allgemeinen Regeln des Verwaltungsrechts gebunden, was bedeutet, dass es kein Recht auf eine Überprüfung durch die Verwaltung gibt.

Die Einführung eines Rechts auf Überprüfung in das dänische Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf dänische Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung, vergleiche Artikel 12 des Übereinkommens, würde eine Änderung der dänischen Verfassung erfordern.

Nach Artikel 22 Buchstabe b des Übereinkommens erhält Dänemark seine Erklärung vom 9. Juli 1980 zu Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2 des Europäischen Übereinkommens über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern in seiner durch das Protokoll vom 24. November 1977 geänderten Fassung aufrecht.

It follows from this declaration that persons who are also nationals of a State Party, which does not require obligatory military service, shall be exempted from Danish military obligations only when they have had their habitual residence in the territory of that State Party from the age of 18 years to the age of 26 years."

Aus dieser Erklärung folgt, dass Personen, die ebenfalls die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen, der keine Wehrpflicht vorsieht, nur dann vom dänischen Wehrdienst ausgenommen sind, wenn sie im Alter von 18 bis 26 Jahren ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats hatten."

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 3. Juni 2003:

(Übersetzung)

"In accordance with Article 29 of the Convention, the Republic of Macedonia enters a reservation in relation to Chapter III, Article 6, paragraph 3, of the Convention, which reads as follows:

the Republic of Macedonia retains the right, in relation to conditions for establishment of the nationality by means of naturalisation, to provide for a period of continuous legal residence on the territory of the Republic of Macedonia of at least fifteen years before the lodging of an application.

Pursuant to Article 22, sub-paragraph b, the Republic of Macedonia declares that persons, who are nationals of a State Party, which does not require obligatory military service, shall be considered as having satisfied their military obligations, in accordance with the legislation of the Republic of Macedonia, with the completion of the age of 27.

In accordance with Article 25 of the Convention, the Republic of Macedonia hereby declares that it excludes Chapter VII from the application of the Convention until harmonization of its domestic legislation with the provisions of the Convention, in which moment, in accordance with Article 25, paragraph 3, of the Convention, it shall notify the Secretary General that it shall apply the provisions of Chapter VII."

„Im Einklang mit Artikel 29 des Übereinkommens bringt die Republik Mazedonien einen Vorbehalt zu Kapitel III Artikel 6 Absatz 3 des Übereinkommens an, der folgenden Wortlaut hat:

Die Republik Mazedonien behält sich das Recht vor, in Bezug auf die Bedingungen für den Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung einen Zeitabschnitt des ununterbrochenen rechtmäßigen Aufenthalts im Hoheitsgebiet der Republik Mazedonien von mindestens fünfzehn Jahren vor der Antragstellung vorzusehen.

Nach Artikel 22 Buchstabe b erklärt die Republik Mazedonien, dass bei Personen, die Staatsangehörige eines Vertragsstaats sind, der keine Wehrpflicht vorsieht, ihre Wehrpflicht im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Republik Mazedonien mit Vollendung des 27. Lebensjahrs als erfüllt gilt.

Im Einklang mit Artikel 25 des Übereinkommens erklärt die Republik Mazedonien hiermit, dass sie Kapitel VII von der Anwendung des Übereinkommens ausschließt, bis ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit dem Übereinkommen in Übereinstimmung gebracht wurden; zu diesem Zeitpunkt notifiziert sie dem Generalsekretär im Einklang mit Artikel 25 Absatz 3 des Übereinkommens, dass sie Kapitel VII anwenden wird."

Moldau bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. November 1999:

(Übersetzung)

"1. Concerning the application of Article 6, paragraph 4, lit. (g), the Republic of Moldova declares that it would be able to apply it only after the adoption of the proper legal framework for the definition of the refugees statute in the Republic of Moldova, but no later than one year after the entry into force of the Convention for the Republic of Moldova.

2. Concerning Article 7, paragraph 1, lit. (g), the Republic of Moldova reserves its right to recognize the right to keep the nationality of the Republic of Moldova to a child who has the nationality of the Republic of Moldova,

„1. In Bezug auf die Anwendung des Artikels 6 Absatz 4 Buchstabe g erklärt die Republik Moldau, dass sie erst dann in der Lage sein wird, ihn anzuwenden, wenn ein geeigneter rechtlicher Rahmen für die Bestimmung des Flüchtlingsstatus in der Republik Moldau festgelegt ist, spätestens jedoch ein Jahr nach Inkrafttreten des Übereinkommens für die Republik Moldau.

2. In Bezug auf Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe g behält sich die Republik Moldau das Recht vor, einem Kind, das die Staatsangehörigkeit der Republik Moldau besitzt, im Ausland adoptiert wurde und die ausländische Staatsangehörig-

was adopted abroad and who acquired the foreign nationality as a consequence of his or her adoption.

3. Concerning Article 22, lit. (a), the Republic of Moldova reserves its right to recognize that a person who has his habitual residence on the territory of the Republic of Moldova and has been exempted from his military obligations in relation to one State Party is not deemed having fulfilled his military obligations in relation to the Republic of Moldova.
4. Concerning Article 22, lit. (b), the Republic of Moldova declares that in the Republic of Moldova the age referred in Article 22, lit. (b) is considered to be the completion of the age of 27."

keit infolge seiner Adoption erwarb, das Recht auf Beibehaltung der Staatsangehörigkeit zuzuerkennen.

3. In Bezug auf Artikel 22 Buchstabe a behält sich die Republik Moldau das Recht vor, davon auszugehen, dass bei einer Person, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Moldau hat und die von der Wehrpflicht gegenüber einem Vertragsstaat befreit wurde, ihre Wehrpflicht gegenüber der Republik Moldau nicht als erfüllt gilt.
4. In Bezug auf Artikel 22 Buchstabe b erklärt die Republik Moldau, dass in der Republik Moldau das in Artikel 22 Buchstabe b bezeichnete Alter das vollendete 27. Lebensjahr ist."

Niederlande bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. März 2001:

(Übersetzung)

"With regard to Article 7, paragraph 2, of the Convention, the Kingdom of the Netherlands declares this provision to include the loss of the Dutch nationality by a child whose parents renounce the Dutch nationality as referred to in Article 8 of the Convention.

The Kingdom of the Netherlands accepts the said Convention for the Kingdom in Europe, the Netherlands Antilles and Aruba."

„In Bezug auf Artikel 7 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt das Königreich der Niederlande, dass diese Bestimmung auch den Verlust der niederländischen Staatsangehörigkeit für Kinder umfasst, deren Eltern die niederländische Staatsangehörigkeit wie in Artikel 8 des Übereinkommens geregelt aufgeben.

Das Königreich der Niederlande nimmt das Übereinkommen für das Königreich in Europa, die Niederländischen Antillen und Aruba an."

Österreich bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 17. September 1998:

(Übersetzung)

- "1) Reservations concerning Article 6 and Article 7

Austria declares that the term "parents/parents" used in Articles 6 and 7 of this Convention does not, according to the Austrian legislation on nationality, include the father of children born out of wedlock.

- 2) Declaration concerning Article 6 and Article 9

Austria declares that the term "lawful and habitual residence/résidence légale et habituelle" used in Articles 6 and 9 of this Convention will be interpreted according to the Austrian legislation on nationality as "Hauptwohnsitz" (main domicile) in the sense of the Austrian legislation concerning the main domicile.

- 3) Declaration concerning Article 6, paragraph 1, lit (b)

Austria declares to retain the right that foundlings found in the territory of the Republic are regarded, until proven to the contrary, as nationals by descent only if they are found under the age of six months.

- „1) Vorbehalt zu Artikel 6 und Artikel 7

Österreich erklärt, dass sich der in den Artikeln 6 und 7 dieses Übereinkommens verwendete Begriff „Eltern“ nach dem österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetz nicht auf den Vater eines unehelichen Kindes bezieht.

- 2) Erklärung zu Artikel 6 und Artikel 9

Österreich erklärt, dass der in den Artikeln 6 und 9 des Übereinkommens verwendete Begriff „rechtmäßige[r] gewöhnliche[r] Aufenthalt“ nach dem österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetz als „Hauptwohnsitz“ im Sinne des österreichischen Hauptwohnsitzgesetzes ausgelegt wird.

- 3) Erklärung zu Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b

Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, im Hoheitsgebiet der Republik aufgefundene Findelkinder, bis das Gegenteil bewiesen ist, nur dann als Staatsangehörige durch Abstammung anzusehen, wenn sie in einem Alter von weniger als sechs Monaten aufgefunden werden.

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>4) Reservation concerning Article 6, paragraph 2, lit (b)</p> <p>Austria declares to retain the right to grant an alien nationality only if he:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. was born in the territory of the Republic and has been stateless since birth; 2. has had his ordinary residence in the territory of the Republic for a period of not less than ten years, of which a continuous period of not less than five years must precede the granting of nationality; 3. has not been convicted with final effect by a domestic court for certain offences, specified in section 14, paragraph 1, sub-paragraph 3, of the Law on Nationality 1985 as amended; 4. has neither been sentenced with final effect by a domestic nor a foreign court to imprisonment of five or more years; if the offences underlying the sentence pronounced by the foreign court are also punishable under domestic law and the sentence was passed in proceedings complying with the principles of Article 6 of the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of 4th November 1950; 5. applies for naturalisation after completing the age of eighteen and not later than two years after attaining majority. | <p>4) Vorbehalt zu Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b</p> <p>Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, einem Ausländer nur dann die Staatsangehörigkeit zu verleihen, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. im Hoheitsgebiet der Republik geboren wurde und seit seiner Geburt staatenlos ist, 2. seinen gewöhnlichen Aufenthalt seit mindestens zehn Jahren im Hoheitsgebiet der Republik hat, wobei der Verleihung der Staatsangehörigkeit ein ununterbrochener Aufenthalt von mindestens fünf Jahren vorangehen muss, 3. nicht wegen einer der Straftaten, die in Paragraph 14 Absatz 1 Nummer 3 des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1985 in der geänderten Fassung aufgeführt sind, von einem inländischen Gericht rechtskräftig verurteilt wurde, 4. weder von einem inländischen noch von einem ausländischen Gericht zu einer Freiheitsstrafe von fünf oder mehr Jahren rechtskräftig verurteilt wurde, die der Verurteilung durch das ausländische Gericht zugrunde liegenden Straftaten auch nach innerstaatlichem Recht gerichtlich strafbar sind und die Verurteilung in einem den Grundsätzen des Artikels 6 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten entsprechenden Verfahren ergangen ist, 5. die Verleihung der Staatsangehörigkeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres, jedoch spätestens zwei Jahre nach dem Eintritt in die Volljährigkeit beantragt. |
| <p>5) Reservation concerning Article 6, paragraph 4, lit (g)</p> <p>Austria declares to retain the right not to facilitate the acquisition of its nationality for stateless persons and recognised refugees lawfully and habitually resident on its territory (i.e. main domicile) for this reason alone.</p> | <p>5) Vorbehalt zu Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe g</p> <p>Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, Staatenlosen und anerkannten Flüchtlingen, die rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt (d. h. Hauptwohnsitz) in seinem Hoheitsgebiet haben, den Erwerb seiner Staatsangehörigkeit nicht allein aus diesem Grunde zu erleichtern.</p> |
| <p>6) Reservation concerning Article 7</p> <p>i) Austria declares to retain the right to deprive a national of its nationality if:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. he acquired the nationality more than two years ago either through naturalisation or the extension of naturalisation under the Law on Nationality of 1985 as amended; 2. neither Section 10, paragraph 4, nor Section 16, paragraph 2, nor Section 17, para- | <p>6) Vorbehalte zu Artikel 7</p> <p>i) Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, einem Staatsangehörigen die Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. er die Staatsangehörigkeit vor mehr als zwei Jahren durch Verleihung oder Erstreckung der Verleihung nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1985 in der geänderten Fassung erworben hat, 2. weder Paragraph 10 Absatz 4 noch Paragraph 16 Absatz 2 noch Paragraph 17 Absatz 4 |

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>graph 4, of the Law on Nationality 1985 as amended were applied;</p> <p>3. on the day of naturalisation (extension of naturalisation) he was not a refugee as defined in the Convention of 28th July 1951 or the Protocol relating to the legal Status of Refugees of 31st January 1967, and</p> <p>4. despite the acquisition of its nationality he has retained a foreign nationality for reasons he is accountable for.</p> | <p>des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1985 in der geänderten Fassung Anwendung findet,</p> <p>3. er zum Zeitpunkt der Verleihung (Erstreckung der Verleihung) kein Flüchtling im Sinne des Übereinkommens vom 28. Juli 1951 oder des Protokolls vom 31. Januar 1967 über den Rechtsstatus von Flüchtlingen war,</p> <p>4. er trotz Erwerb der österreichischen Staatsangehörigkeit aus Gründen, für die er selbst verantwortlich ist, eine ausländische Staatsangehörigkeit beibehält.</p> |
| <p>ii) Austria declares to retain the right to deprive a national of its nationality, if such person, being in the service of a foreign State, conducts himself in a manner seriously prejudicial to the interests or the reputation of the Republic of Austria.</p> | <p>ii) Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, einem Staatsangehörigen die Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn die betreffende Person im Dienst eines fremden Staates steht und durch ihr Verhalten die Interessen oder das Ansehen der Republik Österreich erheblich schädigt.</p> |
| <p>7) Reservation concerning Article 7 in conjunction with Article 7, paragraph 1, lit (c)</p> <p>Austria declares to retain the right to deprive a national of its nationality, if such person voluntarily enters the military service of a foreign State.</p> | <p>7) Vorbehalt zu Artikel 7 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c</p> <p>Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, einem Staatsangehörigen die Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn die betreffende Person freiwillig in den Militärdienst eines fremden Staates tritt.</p> |
| <p>8) Declaration concerning Article 7 in conjunction with Article 7, paragraph 1, lit (f)</p> <p>Austria declares to retain the right to deprive a national of its nationality whenever it has been ascertained that the conditions leading to the acquisition of nationality <i>ex lege</i>, as defined by its internal law, are not fulfilled any more.</p> | <p>8) Vorbehalt zu Artikel 7 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe f</p> <p>Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, einem Staatsangehörigen die Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sichergestellt ist, dass die Voraussetzungen, die zum Erwerb der Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes geführt haben, nicht mehr erfüllt sind.</p> |
| <p>9) Reservation concerning Article 8, paragraph 1</p> <p>Austria declares to retain the right of permitting renunciation of its nationality by a national only in the case that:</p> <p>1. the national possesses a foreign nationality;</p> <p>2. no criminal procedure or execution of a criminal sentence is pending in Austria for an offence punishable with more than six months of imprisonment;</p> <p>3. in the case of the national, being a male person, he is not a member of the Federal Armed Forces and:</p> <p>a) has not yet passed the age of sixteen or has already passed the age of thirty-six;</p> | <p>9) Vorbehalt zu Artikel 8 Absatz 1</p> <p>Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, die Aufgabe seiner Staatsangehörigkeit durch einen Staatsangehörigen nur dann zu gestatten, wenn</p> <p>1. der Staatsangehörige eine fremde Staatsangehörigkeit besitzt,</p> <p>2. gegen ihn in Österreich wegen einer gerichtlich strafbaren Handlung, die mit mehr als sechs Monaten Freiheitsstrafe bedroht ist, ein Strafverfahren oder eine Strafvollstreckung nicht anhängig ist,</p> <p>3. der Staatsangehörige kein Angehöriger des Bundesheeres ist und, sofern männlichen Geschlechtes,</p> <p>a) das 16. Lebensjahr noch nicht oder das 36. Lebensjahr bereits vollendet hat,</p> |

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <ul style="list-style-type: none"> b) has fulfilled his regular military or civilian service obligations; c) has been found unfit for military service by the Recruiting Commission or has been declared permanently unfit for any kind of civilian service by the competent administrative physician; d) has been dispensed from recruitment to the Federal army for reasons of mental illness or mental disorder, or e) has fulfilled the military obligations, or in their place service obligations in another State of which he is a national and is therefore dispensed from regular military or civilian service on the basis of a bilateral agreement or an international convention. | <ul style="list-style-type: none"> b) den ordentlichen Präsenzdienst oder den ordentlichen Zivildienst geleistet hat, c) von der Stellungskommission als untauglich oder vom zuständigen Amtsarzt als dauernd unfähig zu jedem Zivildienst festgestellt worden ist, d) wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche von der Einberufung in das Bundesheer ausgeschlossen ist oder e) seine Militärdienstpflicht oder eine an deren Stelle tretende Dienstverpflichtung in einem anderen Staat, dessen Angehöriger er ist, erfüllt hat und deshalb auf Grund eines zwischenstaatlichen Vertrages oder eines internationalen Übereinkommens von der Leistung des ordentlichen Präsenzdienstes oder ordentlichen Zivildienstes befreit ist. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

The conditions listed under sub-paragraphs 2 and 3 do not apply if the person renouncing his nationality has had his ordinary residence outside the territory of the Republic for a continuous period of not less than five years.

Die unter den Nummern 2 und 3 aufgeführten Bedingungen finden keine Anwendung, wenn die ihre Staatsangehörigkeit aufgebende Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen außerhalb des Hoheitsgebiets der Republik hat.

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>10) Reservation concerning Article 22, lit (a)</p> <p>Austria declares to retain the right that a person who has been exempted from his military obligations in relation to one State Party is not deemed having fulfilled his military obligation in relation to the Republic of Austria.</p> | <p>10) Vorbehalt zu Artikel 22 Buchstabe a</p> <p>Österreich erklärt, sich das Recht vorzubehalten, die Wehrpflicht einer Person, die von ihrer Wehrpflicht gegenüber einem Vertragsstaat befreit wurde, gegenüber der Republik Österreich als nicht erfüllt zu betrachten.</p> |
| <p>11) Declaration concerning Article 22, lit (b)</p> <p>Austria declares that in the Republic of Austria the age referred to in Article 22, lit (b) is considered to have been reached with completion of age 35.</p> | <p>11) Erklärung zu Artikel 22 Buchstabe b</p> <p>Österreich erklärt, dass das in Artikel 22 Buchstabe b genannte Alter in der Republik Österreich mit Vollendung des 35. Lebensjahres als erreicht gilt.</p> |
| <p>12) Reservation concerning Article 21 and Article 22</p> <p>Austria declares that the terms "military obligations/obligations militaires" used in Articles 21 and 22 of this Convention will be interpreted in a manner that they only comprise the obligation of an individual to fulfil his compulsory military service. Other military obligations are not affected by this Convention."</p> | <p>12) Vorbehalt zu Artikel 21 und Artikel 22</p> <p>Österreich erklärt, dass der in den Artikeln 21 und 22 dieses Übereinkommens verwendete Begriff „Wehrpflicht“ dahingehend ausgelegt wird, dass er lediglich die Pflicht eines Einzelnen umfasst, seine Wehrpflicht zu erfüllen. Andere militärische Verpflichtungen werden von diesem Übereinkommen nicht berührt.“</p> |

Schweden bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Juni 2001:

(Übersetzung)

"The Government of Sweden declares that the age referred to in Article 22 b of the Convention is 30."

„Die Regierung von Schweden erklärt, dass das in Artikel 22 Buchstabe b des Übereinkommens bezeichnete Alter 30 Jahre beträgt.“

Slowakei bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 27. Mai 1998:

(Übersetzung)

“According to Article 22, paragraph b, the Slovak Republic declares that persons who are nationals of a State Party which does not require obligatory military service and who are equally nationals of the Slovak Republic shall be considered as having satisfied their military obligations when they have their habitual residence in the territory of the Slovak Republic.”

„Nach Artikel 22 Buchstabe b erklärt die Slowakische Republik, dass bei einer Person, die Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, der keine Wehrpflicht vorsieht, und die ebenfalls die Staatsangehörigkeit der Slowakischen Republik besitzt, ihre Wehrpflicht als erfüllt gilt, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik hat.“

Tschechische Republik bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. März 2004:

(Übersetzung)

“The Czech Republic declares in respect of Article 22, sub-paragraph b, that persons, who are nationals of the Czech Republic and equally nationals of another State Party which does not require obligatory military service and have their habitual residence in the territory of that State Party, shall be considered as having satisfied their military obligations in relation to the Czech Republic if the said habitual residence has been maintained up to the age of 35 years of the persons.”

„Die Tschechische Republik erklärt in Bezug auf Artikel 22 Buchstabe b, dass bei einer Person, die Staatsangehöriger der Tschechischen Republik ist und ebenfalls die Staatsangehörigkeit eines anderen Vertragsstaats besitzt, der keine Wehrpflicht vorsieht, und die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats hat, ihre Wehrpflicht gegenüber der Tschechischen Republik als erfüllt gilt, wenn der gewöhnliche Aufenthalt der Person aufrechterhalten wurde, bis die Person das Alter von 35 Jahren erreicht hat.“

Ungarn bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. November 2001:

(Übersetzung)

“Reservations

„Vorbehalte

Article 11

Artikel 11

With respect to Article 11, the Republic of Hungary declares to retain the right not to apply, in accordance with the Hungarian law in force, the rule that decisions relating to the acquisition of nationality contain reasons in writing.

In Bezug auf Artikel 11 erklärt die Republik Ungarn, dass sie sich das Recht vorbehält, im Einklang mit geltendem ungarischen Recht die Regel nicht anzuwenden, der zufolge Entscheidungen über den Erwerb der Staatsangehörigkeit eine schriftliche Begründung enthalten müssen.

Article 12

Artikel 12

With respect to Article 12, the Republic of Hungary declares to retain the right not to apply, in accordance with the Hungarian law in force, the rule that decisions relating to the acquisition of nationality be open to an administrative or judicial review.

In Bezug auf Artikel 12 erklärt die Republik Ungarn, dass sie sich das Recht vorbehält, im Einklang mit geltendem ungarischen Recht die Regel nicht anzuwenden, der zufolge Entscheidungen über den Erwerb der Staatsangehörigkeit einer Überprüfung durch die Verwaltung oder die Gerichte unterzogen werden können.

Article 21

Artikel 21

With respect to Article 21, paragraph 3, sub-paragraph a, the Republic of Hungary declares to retain the right that

In Bezug auf Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a erklärt die Republik Ungarn, dass sie sich das Recht vorbehält, dass

- only men living on the territory of the Republic of Hungary shall be considered to be subject to military obligations. Any such person possessing multiple nationality, who does not live on the territory of the country, may not be required to perform military or alternative service, nor may he perform such service as a volunteer;

- lediglich Männer, die im Hoheitsgebiet der Republik Ungarn leben, als wehrdienstpflichtig gelten. Jeder solche Mann, der Mehrstaatigkeit besitzt und nicht im Hoheitsgebiet des Landes lebt, darf nicht zum Wehrdienst oder Ersatzdienst herangezogen werden noch darf er einen solchen Dienst als Freiwilliger ableisten;

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

- any such person possessing multiple nationality, who lives on the territory of the country and is subject to military obligations, shall not be exempted from being called to regular military service or civil service.

The Republic of Hungary shall review the grounds of the reservations made with respect to the European Convention before 30 June 2005.

Declaration

The Republic of Hungary declares that a person subject to military service shall be deemed not to have satisfied his military obligations up to the completion of age 30."

- jeder solche Mann, der Mehrstaatigkeit besitzt, im Hoheitsgebiet des Landes lebt und wehrdienstpflichtig ist, wird nicht von der Einberufung zum regulären Wehr- oder Zivildienst befreit.

Die Republik Ungarn wird die Gründe für die zum Europäischen Übereinkommen angebrachten Vorbehalte vor dem 30. Juni 2005 überprüfen.

Erklärung

Die Republik Ungarn erklärt, dass bei einer wehrdienstpflichtigen Person ihre Wehrpflicht bis zur Vollendung des 30. Lebensjahrs nicht als erfüllt gilt."

Berlin, den 8. Dezember 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel